Freitag, den 4. März 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 64. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

10. Jahrg.

Im Zeichen der Sanierer-Regierung

Abbau der Krankenkassenbeihilfe.

Starke Verringerung der Leistungen. — Gebühren für ärztlichen Rat und für gelieferte Arzneimittel.

Außer den bereits in Grundzügen bekanntgegebenen Reformplänen, die die Regierung in bezug auf die soziale Gesetzgebung hat, sind jetzt neue Absichten der Regierung bekanntgeworden. Es handelt sich um die

Abänderung derjenigen Bestimmungen des Krankenkassengesetzes, die die Leistungen der Krankenkasse gegenüber den Versicherten betreffen.

Die Abänderungsvorschläge der Regierung sind:

Kürzung des Zeitabschnittes, in dem der Krankenkassenversicherte Anrecht auf ärztliche Hilfe, Arzneimittel und finanzielle Unterstützung hatte, **von den bisherigen 39 Wochen auf 26 und in Fällen massenweiser Arbeiter-Entlassungen auf 13 Wochen;**

Verringerung der finanziellen Beihilfe während der Krankheit von den bisherigen 60 Prozent des Lohnes oder Gehalts auf 50 Prozent;

Verringerung der bisherigen Krankenkassenbeihilfe in Fällen der Schwangerschaft um die Hälfte;

Für die Arzneimittel, die bisher umsonst geliefert wurden, sollen künftig 10 Prozent vom Werte der Arznei bezahlt werden;

Für die normale ärztliche Untersuchung, die bisher gebührenfrei war, soll eine Gebühr von 50 Groschen erhoben werden, nur in dringenden Fällen bleibt die ärztliche Hilfe gebührenfrei.

Die ärztliche Hilfe und Belieferung mit Arzneimitteln wird künftig nur den Angehörigen des Versicherten in gerader Linie, d. h. der Ehefrau bezw. dem Ehemann und den Kindern, zustehen, nicht aber wie bisher sämtlichen im Haushalt des Versicherten lebenden Personen.

Für alle in der Krankenkasse Versicherten soll eine 4wöchige Wartezeit verpflichten, d. h. der Versicherte erhält die Berechtigung auf die Beihilfe der Krankenkasse erst nach 4 Wochen vom Tage seiner Versicherung in der Krankenkasse.

Der Arbeitsminister gegen die streikenden Grubenarbeiter.

Der Arbeitsminister hat sich gestern durch Vermittlung der „Iskra“-Agentur ganz offen gegen die streikenden Grubenarbeiter des Dombrowaer und Krakauer Kohlenreviers ausgesprochen. Er sagte, der Streik bringe nur den Grubenbesitzern Nutzen, da diese auf diese Weise ihre angehäuften Kohlenvorräte los werden. Der Streik habe nichts mit einer realen Interessenpolitik der Arbeiterschaft zu tun und verschärfe unnötigerweise die Gegensätze. Unverantwortlichen Elementen sei durch den Streik Gelegenheit geboten, zu Auftritten, durch welche Arbeiterleben in Gefahr gebracht würden. Der Streik der Grubenarbeiter entbehre jeglichen Inhalts, weshalb eine möglichst schnelle Liquidierung desselben im Interesse der Arbeiterschaft liege.

Es ist wohl das erstemal in der Geschichte Polens, daß ein Minister, und dazu der Arbeitsminister so offensichtlich Partei gegen die in schwerem Abwehrkampf stehende Arbeiterschaft ergreift.

Kommunistenverhaftungen in Warschau.

Vorgestern abend wurde von der Polizei im Lokal der „Jüdischen Akademischen Wehr“ in Warschau, Nowy Swiat 21, eine geheime Versammlung der sogenannten akademischen Linken ausgehoben. Im Lokal wurden 100 Personen angetroffen. Bei einer Revision wurden auch kommunistische Schriften vorgefunden. Von den Anwesenden wurden 5 Personen verhaftet. Im Zusammenhang mit dieser Versammlung wurden in der gestrigen Nacht zahlreiche Haussuchungen durchgeführt und Verhaftungen vorgenommen.

Austritt aus der Volkspartei.

Der Abg. Fidelius hat gestern seinen Austritt aus der Volkspartei erklärt.

Käufliche Kreaturen.

Noch eine Charakteristik der Danielewskischen „Wirtschaftsbündler“.

Während der Generaldebatte über die Budgetvorlage im Senat sagte Senator Dr. Pant u. a.

„Zu welchen Absurditäten die staatliche Fürsorge führen kann, beweist zur Genüge der Kampf, der von seiten der Regierung gegen die deutsche Minderheit

durch künstliche Schaffung einer besonderen deutschen Minderheit

geführt wird. Es besteht nämlich tatsächlich eine Fürsorge und ein Schutz von seiten der Regierung für einen bestimmten, wenn auch nur sehr geringen Teil der deutschen Minderheit, und für einen bestimmten Zweck. **Mit Hilfe von Regierungsstellen wird der sogen. Deutsche Kultur- und Wirtschaftsbund erhalten und gefördert. Mit den verwerflichsten Mitteln, nämlich durch Kauf von käuflichen Kreaturen sucht man die Minderheit zu demoralisieren** und so an ihrem Untergang zu arbeiten.

„Man kauft Leute für billiges Geld, und die man nicht kaufen kann, werden terrorisiert“. Diese Worte des Verteidigers im Brester Prozeß Rudzinski finden vollinhaltlich ihre Anwendung auch bezüglich des Kultur- und Wirtschaftsbundes. **Denn diese um billiges Geld gekauften Sanacja-Leute üben, indem sie sich auf das Wohlwollen der Behörden berufen, einen unerhörten Terror aus, sowohl gegen diejenigen, die sich nicht kaufen lassen, als auch gegen diejenigen, die auf das Wohlwollen der Behörden angewiesen sind.**

Der Kultur- und Wirtschaftsbund wird als die loyale Organisation der Deutschen bezeichnet. Meine Herren, wenn die polnische Minderheit in Lettland, der Tschechoslowakei oder Deutschland in derselben Weise ihre Loyalität gegenüber dem Staat bekunden wollte, wie es die Herren vom Kultur- und Wirtschaftsbund tun, bzw. wie Sie es von der deutschen Minderheit verlangen, Sie würden sich sicherlich solcher Polen schämen und von ihnen abrücken, **ebenso wie wir von solchen sogen. Deutschen aus Ehrgefühl abrücken müssen, die sich um Judaslohn einer so schmutzigen Aufgabe unterziehen.**

Wenn die Regierung glaubt, diese Leute als einen Trumpf gegen die deutsche Minderheit vor den internationalen Instanzen ausspielen zu können, dann befindet sie sich in einem großen Irrtum. **Denn es wirkt geradezu lächerlich, wenn z. B. ein Herr Danielewski als Pole und zugleich als Führer der sogen. loyalen Deutschen in Genf auftritt und die berechtigten Klagen der Minderheit zu entkräftigen sucht.**

Gerade durch solche Personen und Mittel zeigt man den internationalen Stellen mit aller Klarheit, wie unwürdig die Lage der Minderheiten in Polen ist.“

*

Wenn wir obige Ausführungen an diejenigen anreihen, die im vorigen Sejm der ehemalige Abg. E. Zerbe über den „Wirtschaftsbund“ und seinen Generalsekretär machte, so erhalten wir eine vernichtende Kritik der „deutschen Sanierer“ auf dem parlamentarischen Forum.

Es ist den maßgebenden Regierungsstellen nur zu raten, von der allseitig bekannten Verleumdungsarbeit der Danielewskischen Trabanten, gegen die die Erbitterung der Deutschen immer mehr anwächst, Abstand zu nehmen, vorausgesetzt, daß es der Regierung und ihren untergeordneten Stellen um eine tatsächliche staatsbürgerliche Einstellung der Deutschen geht.

Polnisch-Danziger Zollstreitfragen kommen vor den Völkerbundskommissar.

Danzig, 3. März. Die polnische Regierung hat Mittwoch beim Danziger Völkerbundskommissar einen Antrag auf Entscheidung in der Danzig-polnischen Zollstreitfrage eingebracht.

Frankreich begünstigt Zollunion der Donau-Staaten.

Wien, 3. März. Aus einer Auslassung des Pariser „Temps“ geht hervor, daß Tardieu gleichzeitig auch im Namen Englands und Italiens bei seinem letzten Aufenthalt in Genf den Vertretern von Oesterreich, Ungarn und der kleinen Entente den Abschluß einer Zollunion auf dem Wege von Vorzugsabkommen empfohlen hat. Die „Reichspost“ schreibt hierzu u. a.: Es berührt sympathisch und trifft den heiklen Kern der Frage, wenn mit aller Offenheit die Pariser Auslassung die Notwendigkeit betont, alle politischen Hintergedanken dabei auszuschalten und den Urgrund aller bisherigen Hemmungen für eine wirtschaftliche Verständigung im Donau-Raum darin erblickt, daß durch eine Wirtschaftsentente der einzelne Staat in eine bestimmte Mächtegruppe hineingezogen werden könnte.

Vandervelde brandmarkt den Chinakrieg

Brüssel. In der belgischen Kammer interpellierte Vandervelde die Regierung über den Konflikt in Ostasien. **Er brandmarkte den japanischen Imperialismus und die hinhaltende Taktik des Völkerbundrats,** der es nicht verstanden hat, den internationalen Verpflichtungen Geltung zu verschaffen und ein friedliches Land gegen einen gewalttätigen Ueberfall zu schützen.

Belgien habe als Mitunterzeichner des Washingtoner Neunmächtevertrages die Unabhängigkeit und Unversehrbarkeit Chinas ebenso garantiert, wie die Unabhängigkeit Belgiens vor dem Kriege garantiert war. Der belgische Delegierte zur Völkerbundsversammlung müsse beauftragt werden, weiter im Sinne der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Stimson an Senator Borah dafür einzutreten, daß den internationalen Friedenspakten Geltung verschafft werde. Wenn nötig, müsse **der Völkerbund die im Pakt vorgesehenen wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen anwenden, um die japanische Regierung zur Einstellung des Krieges zu nötigen.**

Eine von Vandervelde vorgeschlagene Entschließung wurde von der Regierung akzeptiert und von der Kammer angenommen.

Zusammenbruch der Lappo-Aktion.

Helsingfors, 3. März. Im Anschluß an die Rundfunkrede des Staatspräsidenten, in der die Lappoanhänger aufgefordert wurden, unverzüglich heimzukehren, haben viele der bewaffneten Lappomänner den Heimweg angetreten. In Mäntsälä sollen noch 700 Lappoanhänger versammelt sein, in Salo 300. Angeblich versuchen die Führer neue Anwerbungen, die jedoch keinen Erfolg haben. Zwischen General Wallenius und einem der Führer soll es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein, die damit endeten, daß Wallenius dem Gegner die militärischen Abzeichen und Auszeichnungen abriß.

Salvador stellt Schuldenzahlungen ein.

London, 3. März. Die Regierung von Salvador hat beschlossen, ihre Schuldenzahlungen an das Ausland vorübergehend einzustellen.

Das alte Lied ...

Der Völkerbund scheut die Entscheidung.

Der chinesisch-japanische Konflikt einem besonderen Ausschuß überwiesen.

Genf, 3. März. Die von der chinesischen Regierung auf Grund des Art. 15 des Völkerbundvertrages einberufene außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes, die zweite in der Geschichte des Bundes, ist heute durch den amtierenden Präsidenten des Völkerbundrates Paul Boncour eröffnet worden. Alle 52 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sind vertreten.

Der amtierende Präsident Paul Boncour wies einleitend darauf hin, daß die erste außerordentliche Vollversammlung im Jahre 1926 stattfand, um eine große europäische Macht, Deutschland, in den Völkerbund aufzunehmen. Auch damals bestanden große Schwierigkeiten, die jedoch überwunden worden seien. Unter tragischen Umständen trete die zweite außerordentliche Vollversammlung zusammen. Der Kanonenschuß im Fernen Osten drohe den gleichen Umsturz herbeizuführen wie der Anschlag von Serajewo. Ohne Völkerbund hätte der Streit in seiner Ausdehnung und Schnelligkeit einen ganz anderen Charakter angenommen. Der Völkerbund habe wenigstens teilweise die Ausdehnung der Katastrophe verhindern können. Seine Aufgabe sei es jetzt, mit Ernst und Nachdruck den Streit zu schlichten.

Die Wahl des Präsidiums.

Die Vollversammlung des Völkerbundes wählte hierauf mit 45 von 47 Stimmen den belgischen Außenminister Hymans zum Präsidenten. Nach einer kurzen Eröffnungsrede des neugewählten Präsidenten Hymans wurden zu Vizepräsidenten die Vertreter von Deutschland, England, Frankreich, Italien, Persien, Mexiko, Schweden und der Schweiz gewählt, die gemeinsam mit dem Präsidenten das Präsidium der Konferenz bilden. Die Vertreter Japans und Chinas erklärten, daß sie auf die Wahl zu Vizepräsidenten verzichten.

In der Nachmittagssitzung der Vollversammlung gaben der chinesische und der japanische Vertreter Erklärungen zum Fernoststreitfall ab.

Die chinesischen Forderungen.

Der chinesische Gesandte Yen hielt eine einhalbstündige Anklagerede, in der er die schwersten Vorwürfe gegen die japanische Regierung erhob und die gesamte Verantwortung für die Ereignisse im Fernen Osten der japanischen Regierung zuschob. Der Vertreter Chinas gelangte in seiner Rede zu folgenden Feststellungen:

1. Die Haltung Japans in den letzten Monaten ist eine ununterbrochene Herausforderung des Völkerbundrates. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Völkerbundpakt insbesondere die im Art. 10 erwähnten gegenseitigen territorialen Garantien von Japan verletzt seien.

2. Japan weigert sich, den Konflikt einer schiedsgerichtlichen Regelung zu unterbreiten.

3. Japan hat den Kellogg-Pakt und den 9-Mächtevertrag gebrochen. In dem Augenblick, wo die Vollversammlung des Völkerbundes zusammentritt, sind Gebiete von der Größe Deutschlands und Frankreichs zusammen mit Waffengewalt besetzt, sind ungeschützte Städte bombardiert, sind 7000 Zivilpersonen den Bombenangriffen zum Opfer gefallen.

Der chinesische Gesandte Yen richtete darauf an die Vollversammlung des Völkerbundes folgende vier Forderungen:

1. Die außerordentliche Vollversammlung muß unverzüglich alle Möglichkeiten einer Regelung des Konfliktes erschöpfen.

2. Die Völkerbundversammlung muß Einstellung der Feindseligkeiten und Zurückziehung der japanischen Truppen herbeiführen.

3. Der Völkerbundrat muß feststellen, daß Japan den Völkerbundpakt gebrochen hat.

4. Die Völkerbundversammlung hat feierlich zu erklären, daß China in keiner Weise für die grausigen Folgen der Lage in Schanghai und im Mandschurei-Gebiet verantwortlich ist.

Japan gibt die Mandschurei nicht frei.

Der Londoner japanische Botschafter Matsudaira beantwortete die große Anklagerede des chinesischen Gesandten Yen. Er stellte die letzten Ereignisse im Fernen Osten als die unvermeidlichen Folgen der japanfeindlichen Bewegung des chinesischen Volkes dar. Die japanische Regierung lehne es ab, die mandschurische Frage auf der Vollversammlung zur Verhandlung zu stellen. Die japanische Politik in der Mandschurei sei in der Erklärung des japanischen Außenministers Yosisawa vom 21. Januar niedergelegt. Die Mandschurei sei der Schlüssel für die Lage im Fernen Osten. **Japan habe derartig weitgehende Interessen in der Mandschurei, daß es unmöglich auf eine Aufgabe dieses Gebietes verzichten könne.** Die japanische Regierung verfolge keine territorialen Ziele in der Mandschurei und werde sich auch weiter an den Grundsatz der offenen Tür halten. Der japanische Botschafter schloß mit der Beteuerung, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten zwischen Japan und China zweifellos in kurzer Frist freundschaftlich geregelt werden könnten.

Der Völkerbund drückt sich wieder.

Genf, 3. März. Die außerordentliche Vollversammlung hat nach den Erklärungen des Vertreters von Japan und China am Donnerstag beschlossen, den gesamten Komplex der Streitfragen zwischen China und Japan einem neugebildeten Ausschuß zu überweisen, dem sämtliche auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Mächte angehören. Der Ausschuß tritt am Freitag nachmittag zu seiner ersten Beratung zusammen und stimmt in seiner Zusammensetzung völlig mit der Vollkonferenz überein.

Zuerst Krieg, dann Schiedsgericht.

Eine treffende Verurteilung Japans und des Völkerbundes.

Paris, 3. März. Die radikale Zeitung „Ere Nouvelle“ schreibt zu dem Stand des chinesisch-japanischen Konfliktes: „Die Japaner erklären sich de facto zu Verhandlungen bereit, aber nicht, weil der Völkerbund sie dazu zwingt, sondern weil sie einen Sieg davongetragen haben, d. h. man ist zu den alten Gewohnheiten zurückgekehrt, zuerst Krieg und dann Schiedsgericht. Das haben wir aber vom Völkerbund nicht erwartet. Man muß sich jetzt fragen, ob etwas anderes möglich ist. Auf diese Frage werden wir mit aller Deutlichkeit mit Nein antworten, wenigstens so lange der Völkerbund das sein wird, was er jetzt ist, nämlich eine Art politischer oder wirtschaftlicher Akademie, die nur imstande ist, platonische Wünsche zu formulieren.“

Der „Matin“ erklärt, daß der Konflikt im Fernen Osten eine grausame Lehre für den Völkerbund und auch für die Abrüstungskonferenz sei.

Neue Millionen für den Krieg.

Tokio, 3. März. Ein kaiserlicher Erlaß, der 10 Millionen Yen für militärische Operationen bei Schanghai zur Verfügung stellt, wurde heute vom Geheimen Staatsrat gebilligt. Die Summe dürfte bis zum 17. März ausreichen. Wahrscheinlich wird das Parlament zum 15. März für eine Sondersession einberufen werden, um die bisherigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen und gegebenenfalls weitere Gelder zu bewilligen.

Die Kriegslage im Fernen Osten.

Die Japaner stellen die Feindseligkeiten ein.

Schanghai, 3. März. Wie das japanische Hauptquartier mitteilt, **haben die japanischen Truppen am Donnerstag vormittag 8 Uhr Ortszeit nach heftigem Artilleriefeuer die Wusung-Forts erobert. Der Befehlshaber der Wusung-Forts und der im Dorf Wusung stehenden chinesischen Truppen hatte sich geweigert, den Rückzugsbefehl des Generals Tsai durchzuführen.**

Die chinesischen Truppen um die Wusung-Forts wurden von den japanischen Truppen vollkommen abgeschnitten, waren aber am Mittwoch abend noch im Besitz des Dorfes Wusung. Verschiedene Versuche der Japaner, den Kanal zu überqueren und das Dorf zu besetzen, wurden von den Chinesen erfolgreich abgeschlagen.

Japaner wollen Waffenstillstand erzwingen

Schanghai, 3. März. **Bei Tagesanbruch begannen die Japaner mit einer schweren Artilleriebeschießung der neuen chinesischen Front hinter Nanchiang.**

Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, hat das japanische Kriegsministerium das Oberkommando in Schanghai angewiesen, **die Verfolgung der chinesischen Truppen so lange fortzusetzen, bis der Waffenstillstand zustande gekommen ist.**

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Schanghai, 3. März. In einer amtlichen japanischen Verlautbarung werden neue Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten bekanntgegeben. Danach verlangt Japan jetzt, daß die Zurückziehung der Truppen zuerst von den Chinesen durchgeführt werden muß. Erst wenn die Chinesen ihre Truppen über die 20-Kilometerzone hinaus zurückgenommen hätten, sei Japan bereit, die Feindseligkeiten für eine gewisse Zeit einzustellen. Nach Einstellung der Kampfhandlungen könnten dann die Einzelheiten für eine endgültige Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den chinesischen und japanischen Militärbehörden vereinbart werden. Außerdem müßte in dieser Zeit eine Vermittlungskonferenz in Schanghai stattfinden, an der auch die neutralen Mächte teilnehmen sollten. Sobald die normalen Verhältnisse wieder hergestellt seien, würden die japanischen Truppen zurückgezogen. Breche eine der Parteien die Bedingungen, so erhalte die andere Partei ihre volle Handlungsfreiheit wieder.

Die Chinesen lehnen ab.

Schanghai, 3. März. **Zu den japanischen Bedingungen einer Waffenruhe wird von chinesischer Seite erklärt, eine Zustimmung zu den Forderungen würde China auf Gnade und Ungnade preisgeben. Die Stimmung ist pessimistisch.**

Genf, 3. März. Der chinesische Gesandte Yen übermittelte am Donnerstag nachmittag dem Generalsekretär des Völkerbundes die telegraphisch eingetroffenen Waffenstillstandsbedingungen Japans als Antwort auf die in den Verhandlungen auf dem englischen Flaggschiff „Kent“ am 28. Februar ausgearbeiteten englischen Vorschläge über Einstellung der Feindseligkeiten. Die Waffenstillstandsbedingungen sind nach dem chinesischen Telegramm am Abend des 2. März durch den englischen Admiral Kelly dem chinesischen Außenministerium überreicht worden.

Yen erklärt in der Note, die japanischen Waffenstillstandsbedingungen bedeuten eine weitgehende Abweichung von den an Bord des Flaggschiffse „Kent“ getroffenen Vereinbarungen, sie seien für China völlig unannehmbare Kapitulationsbedingungen. Unter diesen Umständen sei die einzige Lösung für China, die Fortsetzung der Feindseligkeiten als unvermeidlich anzusehen und dem japanischen Angriff Widerstand zu leisten.

Schanghai, 3. März. Der Oberbefehlshaber der japanischen Seekräfte vor Schanghai, Admiral Nomura, erklärte, das Ziel der Japaner sei erreicht; er befahl infolgedessen die Einstellung der Feindseligkeiten um 2 Uhr nachmittags (7 Uhr früh m. e. Z.). Der Oberbefehlshaber der japanischen Landtruppen ordnete ebenfalls die Einstellung der Operationen um 2.30 Uhr nachmittags an. Die Japaner stehen auf der Linie Liuho-Taitsang Nasiang-Tschefu.

Schanghai, 3. März. Um 14 Uhr Ortszeit wurde der japanische Vormarsch auf der ganzen Linie eingestellt. Die japanische Frontlinie befindet sich nunmehr ungefähr an der Grenze der 20-Kilometerzone, d. h. von Liuho im Norden über Taitsang und Nasiang bis Tschenju. Die Truppen, die diese Linie bereits überschritten hatten, wurden wieder zurückgezogen. In vielen Dörfern wurden die durchziehenden japanischen Truppen von chinesischen Scharfschützen beschossen, die gefangen und erschossen wurden. Die chinesischen Truppen eröffneten nach Eintreten des Waffenstillstandes verschiedentlich aus ihren neuen Stellungen hinter Nasiang das Feuer auf die Japaner, ohne daß diese sich jedoch in einen Kampf einließen.

Die Stellungnahme der japanischen Regierung.

Tokio, 3. März. In einer Sitzung des japanischen Kabinetts am Donnerstag wurde die Lage in Schanghai erneut besprochen. Der Kriegsminister wies in seinem Bericht darauf hin, daß die den Truppen in Schanghai gestellte Aufgabe beendet sei. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Kabinett will die weiteren Schritte der chinesischen Regierung abwarten. Der Kriegsminister betont, daß, wenn in China weitere japanfeindliche Ausschreitungen sich ereignen sollten, Japan gezwungen sein würde, weitere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um seine Interessen zu schützen.

Chinesen lehnen Verhandlungen mit den Japanern ab.

Schanghai, 3. März. Die für Donnerstag nachmittag anberaumte Konferenz zwischen den chinesischen und japanischen Vertretern an Bord der „Kent“ hat nicht stattgefunden, da die Chinesen eine Teilnahme ablehnten. Sie begründeten diese Ablehnung damit, daß sie nicht an die Aufrichtigkeit der japanischen Versprechungen glauben könnten. Eine vorläufige formelle allgemeine Vermittlungskonferenz zwischen den Vertretern der neutralen Mächte und den chinesischen und japanischen Behörden wird voraussichtlich in den nächsten Tagen abgehalten werden.

*

London, 3. März. „Times“ meldet aus Peking: Die Hauptstadt des neuen autonomen Mandschureistaates wird Tschangtschun sein. Der vormalige Kaiser Puyi dürfte binnen kurzem zum Staatsoberhaupt erklärt werden.

Eugen d'Albert gestorben.

Riga, 3. März. Donnerstag nachmittag ist ganz unerwartet der berühmte Komponist Eugen d'Albert, der anläßlich seiner Scheidung von seiner sechsten Frau Toni geb. Fels in Riga weilte, an einem Herzschlage verschieden. Wie verlautet, soll die Berufung seiner in erster Instanz bereits geschiedenen Gattin ihn in größte Aufregung versetzt haben, so daß der tödliche Herzschlag erfolgte. Eugen d'Albert war in letzter Zeit auch heftigen, frechen Angriffen ausgesetzt, da er seiner geschiedenen Frau nur äußerst geringfügige Unterhaltsgelder gewähren wollte, so daß diese sich gezwungen sah, sich um Unterstützung an das schweizerische Konsulat zu wenden.

Wieder Vorbereitungen zur Sanierung der Lodzer Handelsbank.

Die Forderungen bis 3000 Zloty sollen voll ausgezahlt werden — aber mit neuen Aktien, wenn . . .

Seit einigen Wochen sind wiederholt Nachrichten über eine angeblich beabsichtigte Sanierung der falliten Lodzer Handelsbank aufgetaucht, die jedoch von den inländischen Gläubigern dementiert wurden, da man allgemein der Ansicht war, daß die Bank nicht in der Lage sein werde, ihren Gläubigern ihre Forderungen voll auszuzahlen.

Gegenwärtig erfahren wir, daß die Angelegenheit der Sanierung der Lodzer Handelsbank reale Formen annehmen soll. Die Verwaltung der Bank habe bereits einen Sanierungsplan aufgestellt und ihn den einzelnen Gläubigern zugesandt. Laut diesem Plan sollen sämtliche Gläubiger der Bank ihre Forderung nach dem Stand vom 2. April 1931 ohne Zinsen und Kosten voll (?) ausgezahlt erhalten. Die Gläubiger werden durch den Plan in zwei Gruppen eingeteilt, und zwar in die Gruppe der inländischen Gläubiger und die Gruppe der ausländischen Gläubiger.

In erster Reihe ist die Befriedigung der inländischen Gläubiger durch den Sanierungsplan vorgesehen, wobei folgende Staffel eingehalten werden soll: a) Forderungen bis 1000 Zloty sollen vom Tage der Aufhebung der Falliterklärung innerhalb von 45 Tagen voll ausgezahlt werden; b) Forderungen von 1000 bis 3000 Zloty sollen ebenfalls voll bezahlt werden, wobei die erste Rate nicht unter 1000 Zloty innerhalb von 45 Tagen, der Rest innerhalb von weiteren 3 Monaten zur Auszahlung gelangen soll; c) die übrigen Forderungen über 3000 Zloty sollen zu 50 Prozent durch Aktien der 4. Emission der Lodzer Handelsbank und die anderen 50 Prozent in acht monatlichen Raten ausgezahlt werden, wobei die erste Rate mindestens 1000 Zl. betragen und 45 Tage nach Aufhebung der Falliterklärung erfolgen soll. Die Barzahlungen für die Gruppe c) sollen nicht unter 3000 Zloty betragen, wobei erst der Ueberschuß über 3000 Zloty durch Aktien der Bank gedeckt werden sollen.

Die Forderungen der Aktionäre der Lodzer Handelsbank betragen insgesamt 24 573,02 englische Pfund, 328 758,41 Dollar und 99 317,33 Zloty, die nach dem Sanierungsplan mit Einwilligung der Aktionäre zu 100 Prozent mit Aktien der Bank der 4. Emission erfolgen soll, die nach erfolgter Einigung mit den Gläubigern und Aufhebung der Falliterklärung herausgegeben werden sollen.

Das Wojewodschaftsamt berichtigt

Die blutigen Vorfälle in Petrikau.

Zu der von uns gestern über die Unruhen in den Glashütten von Petrikau gebrachten Meldung, die uns von der Nachrichtenagentur „Wap" zugeschickt wurde, schickt uns das Wojewodschaftsamt folgende Richtigstellung zu:

„Es ist nicht wahr, daß während der blutigen Vorfälle in Petrikau ein Arbeiter getötet und einige Polizisten verletzt wurden. Wahr dagegen ist, daß in Petrikau keine Zusammenstöße der Polizei mit den Arbeitern stattgefunden hatten und keine Polizisten verletzt wurden. Der Zwischenfall ereignete sich zwischen dem Hüttenportier Papinski und den streikenden Arbeitern, von denen einer von Papinski angeschossen wurde. Es ist nicht wahr, daß die Polizei, um die Streikenden aus dem Fabriksgebäude zu entfernen, keine Lebensmittel für die in der Fabrik eingeschlossenen Arbeiter durchgelassen habe und daß die Polizei den Arbeitern die Rückkehr nach der Fabrik verwehrt und sie dadurch gezwungen habe, die Fabrik zu verlassen, wenn sie nicht verhungern wollten. Wahr dagegen ist, daß sich die Polizei mit der Entfernung der Streikenden vom Fabriksterrain nicht befaßt. Ueber die Zulassung auf das Fabriksterrain entscheidet, wie gewöhnlich, ausschließlich der Portier ohne irgendwelche Vermittlung der Polizeiorgane, die nur die Ordnung außerhalb der Fabrik aufrechterhalten. Die Familien der Streikenden stellen ohne Schwierigkeiten von irgendwelcher Seite ihren Angehörigen auf dem Fabriksterrain Lebensmittel zu."

Was ein neuer Bericht aus Petrikau besagt.

Neue Arbeiterunruhen in Petrikau. Ein Polizist und ein Arbeiter verwundet.

Gestern vormittag riefen die Kommunisten die Arbeiter in Petrikau dazu auf, den streikenden Arbeitern in den Glashütten zu Hilfe zu kommen. Gegen 11 Uhr vormittags versuchte eine von Kommunisten aufgehetzte Menschenmenge nach dem Inneren der Glashütte „Hortensia" zu gelangen. Ein stärkeres Polizeiaufgebot forderte die erregte Menschenmenge zum Auseinandergehen auf, worauf die Polizei von den Kundgebern angegriffen wurde. Auf die Polizei hagelte ein Steinregen nieder, wobei der Polizist Adam Szczkowski am Kopfe verwundet wurde.

Die Polizei begann hierauf die Menschenmenge unter Anwendung der Waffe zum Auseinandergehen zu zwingen. Der 22jährige Arbeiter Mieczyslaw Nowak wurde hierbei durch einen Schuß am Bein verwundet. Er mußte nach einem Krankenhaus überführt werden, da sich seine Verletzung als schwer erwies. Im Krankenhause mußte das verletzte Bein Nowaks amputiert werden. Nach der Zerstreuung der Menschenmenge herrschte sowohl in der Stadt, wie auch vor der Glashütte Ruhe. Die Glasarbeiter verharren weiterhin in dem italienischen Streik, doch nimmt die Zahl der in den Hütten verbliebenen Arbeiter ständig ab. (a)

... und was die anderen Zeitungen berichten dürfen.

Die vorgestrige Ausgabe der „Gazeta Warszawska" wurde konfisziert, angeblich wegen Angabe einer falschen Zahl der Opfer bei den Vorfällen in Petrikau. Dagegen brachte der „Robotnik" die Nachricht, daß bei den Unruhen in den Petrikauer Glashütten **ein Arbeiter getötet** wurde. Der Krakauer „Ilustr. Kurjer Codz." brachte vorgestern die Nachricht, daß in Petrikau bei den Vorfällen in den Glashütten ein Arbeiter schwer verletzt wurde, der nach seiner Einlieferung ins Spital **verstarb.** Derselbe Kurjer (ein Sanacjablatt) berichtete gestern im Zusammenhang damit wörtlich: „Der Zustand der Opfer der gestrigen blutigen Vorfälle, und zwar des Portiers Papinski, der Arbeiterin Piotrowska und des **schwerverletzten Polizisten** ist weiterhin **hoffnungslos**".

Aus dem Reiche.

Konstantynow. Stadtverordnetenversammlung. Den Vorsitz dieser Sitzung führte der wiederum amtierende Bürgermeister Wl. Dolecki. Die Magistratsmitglieder sowie Stadtverordneten waren fast alle anwesend. Die Versammlung war hauptsächlich den Budgetfragen gewidmet. Vor Beginn der Sitzung hielt der Bürgermeister eine kurze Ansprache, worin er den Stadtrat sowie die Bevölkerung für das ihm auch in seiner Abwesenheit erwiesene Vertrauen herzlich dankte. Nach Verlesung des Protokolls verlas der Vorsitzende das Schreiben der Kreisstarostei über die Wiedereinsetzung des Bürgermeisters in sein Amt. Hierauf referierte der Vorsitzende die Angelegenheit der Elektrifizierung der Stadt. Laut diesem Bericht rückt die Realisierung dieses für unsere Stadt so wichtigen Planes in greifbare Nähe. Die Gesellschaft des Elektrizitätswerkes hat für den Ausbau des Netzes außerhalb der Grenzen der Stadt Lodz in seinem Budget für das laufende Jahr 800 000 Zloty festgesetzt. Das Kabel wird über Lublinek nach Konstantynow und von dort nach Alexandrow weitergeleitet werden. Vizebürgermeister W. Heidrich gab noch einige Ergänzungen zu dem Bericht hinzu, da er während der Abwesenheit des Bürgermeisters hauptsächlich die Verhandlungen mit der Direktion der Elektrizitätsgesellschaft geführt hat. Es wurde von der Stadtverordnetenversammlung der einstimmige Beschluß gefaßt, wonach die Elektrifizierung der Stadt gefordert und der Magistrat mit der Führung der weiteren Verhandlungen mit der Elektrizitätsgesellschaft beauftragt wird. Hierauf begannen die Beratungen über den Voranschlag des städtischen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932/1933. Der von der Budgetkommission und dem Magistrat vorgeschlagene Plan wurde nur in den Ausgabenpositionen durchberaten. Infolge der vorgerückten Stunde wurde die Sitzung unterbrochen und die Fortsetzung derselben für Montag, den 7. März, festgesetzt.

— Goethefeier. Auf Anregung der Lehrerschaft der hiesigen deutschen Volksschule wurde ein Komitee ins Leben gerufen, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die Goethefeier in unserer Stadt feierlich zu begehen. Sämtliche deutsche Vereine unserer Stadt sagten ihre Mitwirkung zu. Zur Aufführung gelangen einige der schönsten als Lieder vertonten Gedichte Goethes, die von einem Massenchor sowie vom Kirchengesangverein „Harmonia", der Gesangsektion des Turnvereins und dem Jünglingsverein geführt werden. Herr Lehrer G. Schütz hält einen Vortrag über das Leben und Wirken des großen Meisters. Außerdem wird von der Lehrerschaft der deutschen Schule und einer Dame aus der Gesellschaft eins von Goethes Lustspielen aufgeführt. Diesem Abend wird allgemein großes Interesse entgegengebracht. Die Feier findet am Sonntag, den 20. März, im Saale des Turnvereins statt.

Lenczyca. Unfall eines Eisenbahners. Nach dem Passieren eines Personenzuges fand ein Streckenwärter auf dem Eisenbahngleis in der Nähe von Lenczyca den 40jährigen Eisenbahner Andrzej Szybowski aus Kutno in schwerverletztem Zustande auf. Wie es sich herausstellte, fuhr Szybowski mit dem Personenzug zum Dienst nach Lenczyca und schlief unterwegs ein. Als er kurz hinter Lenczyca erwachte, war der Zug bereits in vollem Gange. Szybowski wollte nun aus dem fahrenden Zuge springen, kam hierbei jedoch zu Fall und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe sowie den Bruch eines Hüftknochens. Der Schwerverletzte wurde nach dem Kreiskrankenhause in Lenczyca überführt. (a)

Sport.

Fußballstädtespiele mit Lodz.

In der bevorstehenden Saison wird Lodz mit nachstehenden Städten Fußballkämpfe austragen: Am 29. Mai mit Lemberg, am 10. Juli mit Krakau, 2. Oktober mit Warschau. Der Termin des Spieles gegen Oberschlesien konnte noch nicht festgelegt werden.

Boxkämpfe in der Philharmonie.

Am Sonntag finden im Saale der Philharmonie Boxkämpfe, veranstaltet vom jüdischen Sportverein „Makkabi" statt. Von auswärtigen Teilnehmern haben ihr Erscheinen die Spitzenboxer des Sportklubs „Jordan"-Warschau zugesagt.

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Deutsche Bühne Thalia.

Am Sonntag große Premiere.

Man schreibt uns: Nach Vorbereitungen, die viel Fleiß und Arbeit erfordert haben, tritt das Ensemble des Theatervereins Thalia nunmehr am kommenden Sonntag mit einer neuen großen Premiere vor das Lodzer deutsche Theaterpublikum. Zur Aufführung gelangt das dreiaktige Singspiel „Böhmische Musikanten", das Julius Wilhelm und Peter Herz zu Verfassern hat und von Bernhard Grün vertont ist. Das Stück ist groß angelegt und wird sicherlich sich zu einem hervorragenden Erfolg der Spielzeit gestalten. Der Theaterverein bittet seine Mitglieder und alle Freunde und Gönner seiner Bewegung auf diesem Wege die Einladung zum Besuch der bevorstehenden großen Erstaufführung entgegennehmen zu wollen, da besondere schriftliche Einladungen diesmal der Unkosten wegen nicht ergehen sollen. Er hofft an diesem Abend, der wieder ein Markstein auf dem Wege zu ständigem deutschen Theaterspiel in Lodz bedeutet, ein besetztes Haus begrüßen zu können. Für den Kartenvorverkauf beachte man bitte die Anzeige.

Zum letzten Male „Wenn du noch eine Mutter hast". Am Sonntag, den 6. März d. J., um 8 Uhr abends wird auf vielfaches Verlangen hin noch, und zwar zum letzten Male das große ergreifende Volksschauspiel „Verloren und wiedergefunden" oder „Wenn du noch eine Mutter hast" in 4 Akten von Heinrich Houben im Jünglingsverein, Sienkiewicz 60, aufgeführt.

Verein Deutschsprechender Katholiken. Sonntag, den 6. März, findet im Saale der „Eintracht", Senatorska 7, die Monatsversammlung statt, zu der alle deutschen Katholiken herzlichst eingeladen sind. Im Programm: Vorträge, Gesang, Musik, Deklamationen. Der Männergesangverein „Eintracht" hat in liebenswürdiger Weise seine Mitwirkung zugesagt. Beginn 4 Uhr nachmittags. Eintritt 50 Groschen.

Radio-Stimme.

Freitag, den 4. März.

Polen.

Lodz (233,8 M.).
12.10 Schallplatten, 15.25 Vortrag für Lehrer, 15.45 Börsenberichte, 15.50 Spezielle Sendung für Kranke, 16.20 Das Leben der Sprache, 16.40 Schallplatten, 16.55 Englischer Unterricht, 17.10 Woher stammen die polnischen Pflanzennamen, 17.35 Musik, 18.50 Verschiedenes, 19.30 Filmschau, 19.45 Radionachrichten, 20 Musik-Plauderei, 20.15 Sinfoniekonzert, 22.40 Nachrichten.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.).
11.15 Konzert, 14 Konzert, 15.40 Jugendstunde, 16.30 Volkslieder, 17.40 Lustige Lieder, 18.30 Wirtschaftler zur Gegenwart, 19.10 Unterhaltungsmusik, 20 Aus Washington, 20.20 Geschichten, 21.10 Funkorchester, 24 Berliner Jungens.

Königswusterhausen (938,5 kHz, 1635 M.).
12.10 Schallplatten, 14 Konzert, 15 Jungmädchenstunde, 18.30 Hausmusik, 19.30 Arbeiterstunde, 20 Aus Washington, 20.20 Konzert, 22.30 Richard-Wetz-Stunde.

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
11.50 und 13.05 Konzert, 15.50 Bastelstunde, 17 Konzert, 18.40 Englisch, 20 Aus Washington, 20.15 Im Teehaus in Japan, 21 Hörspiel, 22.30 Nachtmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.).
11.30 Konzert, 13.10 Schallplatten, 15.30 Kinderstunde, 16.20 Frauenstunde, 17 Konzert, 20 Aus Washington, 20.15 Die Nachtigall.

Prag (617 kHz, 487 M.).
12.20 Schallplatten, 12.45 Konzert, 15.30 Lieder und Arien, 16 Konzert, 17.05 Kammermusik, 18.20 Deutsche Sendung, 20.05 Konzert, 21 Heidenlied.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lodz-Ost. Freitag, den 4. März, um 7 Uhr abends, Vorstandssitzung mit Teilnahme der Vertrauensmänner und der Revisionskommission.

Chojny. Sonnabend, den 5. März, um 7 Uhr findet im Parteilokal eine Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensmänner statt.

Lodz-Süd, Lomzynskastraße 14. Sonnabend, den 5. März, 9 Uhr abends, findet im Parteilokale ein Preis-Preferenceabend statt. Freunde des Spiels werden höflichst eingeladen.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Verwaltungsmitglieder der Deutschen Abteilung. Sonnabend, den 5. März, um 7 Uhr abends, findet eine Verwaltungssitzung statt. Das Erscheinen sämtlicher Vorstandsmitglieder ist erforderlich. Die Verwaltungsmitglieder der Reiger- und Schersektion können an der obigen Sitzung teilnehmen.

Tagesneuigkeiten.

Protest der Arbeiter gegen die Aenderung der sozialen Gesetzgebung.

In einer ganzen Reihe Fabriken hatten gestern die Arbeiterdelegierten Versammlungen veranstaltet, in denen zu dem Projekt des Ministerrats vom 29. Februar hinsichtlich einer Novellisierung der sozialen Gesetzgebung Stellung genommen wurde. U. a. fand auch auf dem Fabrikhof der Firma „Dessurmont, Motte und Co." in der Wulczanskastraße 219 eine Versammlung statt, an der 800 Arbeiter teilnahmen. Nachdem ein eingehendes Referat über die Projekte des Ministerrats erstattet worden war, wurde eine Entschließung gefaßt, in der schärfster Protest gegen die Absichten der Regierung ausgesprochen wird. Vor allem wird gegen die Novellisierung des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 protestiert, laut der die Arbeitszeit auf 48 Stunden in der Woche heraufgesetzt und die Vergütung für Ueberstunden um 50 Prozent verkleinert wird. Ferner wird gegen die beabsichtigte Aenderung des Gesetzes vom 16. Mai 1922 d. h. gegen eine Kürzung der Urlaubszeit um die Hälfte protestiert. Das vom Ministerrat projektierte Altersversicherungsgesetz entspreche nicht den Anforderungen der Arbeiter, da es lediglich auf Kosten der Arbeiter ins Leben gerufen und die Arbeiter zur Zahlung von Gebühren verpflichten würde, aus denen sie schließlich keinen Nutzen ziehen können, weil nur wenige Arbeiter länger als 65 Jahre leben. Da die Technik immer größere Fortschritte macht, wodurch die Arbeitslosigkeit immer größer wird, verlangen die Arbeiter eine Kürzung der Arbeitswoche bei denselben Verdiensten. Die Versammelten fordern alle Arbeiter in Polen auf, gegen die Beschlüsse des Ministerrats zu protestieren und Denkschriften an die Regierung zu senden, die die erste in Polen sei, die die schwer erkämpften sozialen Errungenschaften der Arbeiter aufheben will. (p)

Die ersten Schritte des Komitees um Herabsetzung der Lichtpreise.

Wie wir bereits mitteilten, wurde auf der Versammlung im Verein der Kleinkaufleute ein Komitee gewählt, daß sich mit der Herabsetzung des Preises für elektrischen Strom beschäftigen wird. Darin sind alle kaufmännischen und bürgerlichen Organisationen vertreten. Gestern wurde ein entsprechendes Schreiben an die Verwaltung des Lodzer Elektrizitätswerks, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkerkammer, den Verwaltungs- und Kommunalbehörden abgesandt. Am kommenden Sonntag hält das Präsidium eine Sitzung ab, auf der die weitere Arbeit dieses Bürgerkomitees um billigen Strom besprochen werden wird. (b)

Weitere Beamtenreduzierungen in den Banken.

Die andauernde Wirtschaftskrisis führt zu einem fortgesetzten Rückgang der Geldumsätze in den Banken, der durch die von den Bankleitungen gegenwärtig geübten Vorsicht bei der Erteilung von Krediten noch gesteigert wird. Die einzelnen hiesigen Banken reduzieren daher fortgesetzt die Zahl ihrer Angestellten. In der Warschauer Handelsbank wurden beispielsweise die Angestellten auf 18 reduziert, während noch im vergangenen Jahre in dieser Bankfiliale die vierfache Anzahl von Angestellten beschäftigt war. (a)

Erhebung der Immobiliensteuer.

Der Magistrat ist gegenwärtig an die Versendung der Steuereaufforderungen für die staatliche Immobiliensteuer für das Jahr 1932 mit dem städtischen Zuschlag und dem 3prozentigen Krisenzuschlag geschritten. (a)

Die Unterhaltskosten um 0,79 Prozent gestiegen.

Unter Vorsitz Dr. Skalskis fand gestern eine Sitzung der Kommission zur Festsetzung der Unterhaltskosten statt, die an Hand des gesammelten Materials feststellte, daß die Unterhaltskosten im Februar d. J. um 0,79 Prozent gestiegen sind. Zur Steigerung der Unterhaltskosten hat die Verteuerung der Butter, Eier und Kartoffeln beigetragen.

„Gala"-Tag.

Das Lodzer Schulkuratorium erhielt gestern vom Unterrichtsministerium ein Rundschreiben, in dem mitgeteilt wird, daß der 19. März als Namenstag Marschall Pilsudskis vollkommen schulfrei sein soll. (p) — Na, also!

Wer gibt Auskunft?

Herr Leo Nordmann, der in den Nachkriegsjahren eine kleine Landwirtschaft in Polen erwarb und später seinen Sohn Werner zu sich nahm, wird um seine Adressenangabe an das Deutsche Konsulat in Lodz, Al. Kosciuszki Nr. 85, gebeten.

Krankenstatistik für Polen.

Nach statistischen Erhebungen wurden in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 15. Februar d. Js. innerhalb der Republik Polen zusammen 2600 schwere, ansteckende Krankheiten registriert. Es handelte sich hierbei um Typhus, Schwindsucht, Lungentuberkulose, Malaria, Scharlach, Lungenentzündung, Rachenentzündung, Krebs usw.

Spurlos verschwundenes Mädchen.

Der Blonska 25 wohnhafte Antoni Jablonski brachte der Polizei zur Anzeige, daß seine 11jährige Tochter Jadwiga am 29. Februar d. Js. die elterliche Wohnung verlassen hat und seit dieser Zeit nicht wieder zurückgekehrt ist. Die Polizei hat zur Ermittelung des verschwundenen Mädchens eine Untersuchung eingeleitet. (a)

Der geprellte Bauer.

Der Landwirt des Dorfes Janow, Kreis Lodz, der gestern nach Lodz mit landwirtschaftlichen Produkten gekommen war und mit seinem Gespann auf dem Baluter Ringe hielt, wollte nach dem Verkauf seiner Erzeugnisse Wareneinkäufe vornehmen. An seinen Wagen trat eine anscheinend dem Arbeiterstande angehörige Frau heran, die ihm zwei Stück Weißwaren zum Kaufe anbot, die sie angeblich in der Fabrik an Stelle des Arbeitslohnes erhalten haben wollte. Da der geforderte Preis für die Ware äußerst niedrig war, ging Sliwinski auf den Handel ein und zahlte der Frau für die beiden Stück Weißware 35 Zloty, worauf er das Warenpaket erhielt und die Frau sich von dem Wagen entfernte. Nach einer Weile wollte Sliwinski die so billig eingekaufte Ware nochmals besichtigen und mußte bei der Oeffnung des Pakets zu seinem nicht geringen Schrecken feststellen, daß es nur wertloses Papier enthielt. Der geschädigte Landwirt zeigte den Betrug der Polizei an, die nach der Betrügerin fahndet. (a)

Warnung!

An unsere gesch. Monatsbezieher

Wir haben wiederholt bekanntgegeben, daß die monatliche Bezugsgebühr **(Zl. 4.—)** dem Zeitungsausträger nur gegen eine von der Geschäftsstelle ausgestellte Quittung zu zahlen ist. Geleistete Zahlungen **ohne Quittung** können **nicht** anerkannt werden und laufen die Abonnenten Gefahr, noch einmal zahlen zu müssen. Auch bitten wir darauf acht zu geben, daß der Zeitungsausträger eine saubere Quittung ohne jegliche Streichungen und Verbesserungen verabfolgt.

Die Geschäftsstelle der „Lodzer Volkszeitung".

Gefährlicher Sturz.

Die im Hause Lonczna 29 wohnhafte Konstancja Dolak wollte ihrer Nachbarin Aurelia Stefanska ein altes Sopha verkaufen und begab sich mit ihr nach einer Kammer, die sich in einem einstöckigen Gebäude im Hofe befindet. Während die beiden Frauen über den Kauf unterhandelten, stürzte der verfaulte Fußboden der Kammer ein und beide Frauen stürzten in den unterhalb der Kammer befindlichen Stall. Während die Dolak nur leichtere Verletzungen erlitt, trug die Stefanska den Bruch eines Beines davon. Ein Arzt der Rettungsbereitschaft erteilte ihr Hilfe und schaffte sie in ein Krankenhaus. (a)

Wohnungsbrand.

Im Hause der Milkerschen Erben in der Gdanska 17 entstand am Mittwoch abend in einer Wohnung im dritten Stockwerk ein Brand. Durch einen schadhaften Schornstein waren zwei in den Schornstein eingelassene Balken in Brand geraten. Der Brand setzte sich zwischen der Decke und dem Fußboden fort und zerstörte einen Teil des Fußbodens sowie der Decke. Der 1. Löschzug der Feuerwehr mußte einen Teil des Fußbodens nach Auseinandernahme des Ofens aufreißen und konnte den Brand nach einstündiger Löschaktion vollständig ablöschen. Der Schaden wird auf 2000 Zloty eingeschätzt. (a)

Feuer in einer Fabrik.

In der Reißerei der Firma Gebr. Seibert, Suwalska 6, entstand gestern durch einen Funken im Reißwolf ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit auf die angehäuften losen Warenvorräte ausbreitete. Dem herbeigerufenen 2. Löschzug der Feuerwehr gelang es nach einstündiger Löschaktion das Feuer vollständig abzulöschen. Ein Teil der Warenvorräte wurde durch den Brand vernichtet und der Reißwolf erheblich beschädigt. Der entstandene Schaden wird auf 5000 Zloty eingeschätzt. (a)

Ausgesetztes Kind.

Vorübergehende fanden im Torweg des Hauses Sienkiewicza 3 ein Bündel, in dem sich ein kleines Kind weiblichen Geschlechts im Alter von annähernd 4 Monaten befand. Das ausgesetzte Kind wurde der Polizei übergeben, die es in das städtische Findelhaus schaffte und gleichzeitig eine Untersuchung zur Ermittelung der entarteten Mutter einleitete. (a)

Die täglichen Opfer der Autoraserei.

In der Rokicinska-Straße wurde gestern der 34jährige Marjan Kowalski, wohnhaft Sporna 56, von einem Auto überfahren und trug hierbei den Bruch eines Armes sowie andere erhebliche Körperverletzungen davon. Dem Verunglückten erteilte ein Arzt der Rettungsbereitschaft Hilfe und brachte ihn in bedenklichem Zustande in ein Krankenhaus. Dem Chauffeur gelang es zu entkommen. (a)

Aus dem dritten Stock in die Tiefe.

Die Einwohner des Hauses Wulczanskastraße 165 wurden gestern abend gegen 11 Uhr durch einen dumpfen Fall alarmiert. Aus dem dritten Stockwerk des Hauses war eine Frau auf das Hofpflaster hinabgesprungen, wo sie den Tod auf der Stelle fand.

Vor Entkräftung und Hunger zusammengebrochen.

In der Petrikauer 309 erlitt die obdach- und beschäftigungslose Katarzyna Gawronek infolge Hungers und Entbehrungen einen Schwächeanfall. — Auf dem Baluter Ringe erlitt der 48jährige Bettler Andrzej Pajencki infolge Entkräftung einen Schwächeanfall. — In beiden Fällen erteilte ein Arzt der Rettungsbereitschaft Hilfe und führte die Erkrankten der städtischen Krankensammelstelle zu. (a)

Selbstmordversuche.

Im Torweg des Hauses Polnocna 42 wurde gestern eine bewußtlose Frau mit sichtbaren Zeichen einer Vergiftung aufgefunden. Die hiervon verständigte Polizei stellte fest, daß es sich um die Niska 9 wohnhafte 32jährige Helena Glowacka handelt, die seit längerer Zeit arbeitslos war und aus Not einen Selbstmordversuch durch Genuß von Jodtinktur begangen hatte. Ein herbeigerufener Arzt der Rettungsbereitschaft erteilte der Lebensmüden Hilfe und schaffte sie mit dem Rettungswagen in das Radogoszczer Krankenhaus. (a)

Neue Betrügereien bei dem Empfange von Arbeitslosenunterstützungen.

Eine Kinderdruckerei als Hilfsmittel.

Erst unlängst berichteten wir darüber, daß ein gewisser Gozdalski als Arbeitgeber umfangreiche Betrügereien und Mißbräuche bei dem Erhalt von Arbeitslosenunterstützungen begangen hat, wobei er zahlreiche Bescheinigungen und andere Dokumente fälschte und hierdurch den Arbeitslosenfonds um nahmhafte Beträge zu seinen Gunsten schädigte. Gegenwärtig hat die Untersuchungspolizei wiederum Fälschungen und Betrügereien bei dem Empfang von Arbeitslosenunterstützungen entdeckt. Vor drei Tagen erschien im Arbeitslosenfonds in der Matejki 2 ein Mann, der sich als ein Stanislaw Maslowski ausgab und um die Eintragung in die Listen der Erwerbslosen nachsuchte. Hierbei wies der Kelma 55 wohnhafte Maslowski eine Bescheinigung der Firma Karl Hoffrichter in der Kontna 13 über seine Entlassung aus der Arbeit vor. Dem Beamten, der die Registrierung der Erwerbslosen durchführt, kam die Bescheinigung der Firma Hoffrichter verdächtig vor, da er die Unterschrift des Fabrikverwalters der Firma kannte. Maslowski wurde daher festgenommen und der Untersuchungspolizei übergeben.

Bei seiner Vernehmung in der Untersuchungspolizei gab Maslowski an, daß er die beanstandete Bescheinigung von einem Jozef Bagrowski erhalten habe, der in Rogi bei Lodz wohnhaft sei. Hierauf nahm die Untersuchungspolizei in der Wohnung des Bagrowski eine Durchsuchung vor und traf dort dessen Geliebte Jozefa Rydzynska an. Außerdem wurden in der Wohnung zahlreiche Formulare zur Ausfüllung von Bescheinigungen über Entlassungen aus der Arbeit sowie eine Kinderdruckerei vorgefunden, die Bagrowski zur Fälschung von Stempeln benützte. Ferner fand die Polizei ein Notizbuch Bagrowskis, in dem der Fälscher die ausgegebenen gefälschten Bescheinigungen zum Empfange der Arbeitslosenunterstützungen eingeschrieben hat, wobei die Namen der Arbeitslosen und die Firmen, auf die die Bescheinigungen gefälscht wurden, genau angegeben sind.

Bagrowski und seine Geliebte Rydzynska wurden daraufhin verhaftet. Gleichzeitig wurde auf Grund der Notizen Bagrowskis eine Untersuchung gegen die auf Grund der gefälschten Bescheinigungen Unterstützungen beziehenden Arbeitslosen eingeleitet, durch die der Arbeitslosenfonds um namhafte Beträge geschädigt wurde.

Im Laufe der Untersuchung wurden noch verhaftet: die Eheleute Eugen und Sophie Pietruszewski, wohnhaft Kelma 39, Kazimir Stempien aus Rogi bei Lodz, Wojciech Bombiak (Marysinska 51), Jozef Rudzki (Czartkow bei Lodz), Jozef Kulda (Kelma 37), Jozef Wozniakowski (Drewnowska 62), Zygmunt Kaminski (Marysinska 13), Kazimiera Kukulska (Tokarzewskiego 51), Stanislaw Maslowski und dessen Frau Marta (Kelma 55), Helena Spiridol (Glowackiego 4), die Eheleute Edward und Konstancja Szczygielski (Mlynarska 36), sowie das Ehepaar Anna und Stanislaw Kolodziejski (Kelma 39).

Im Laufe der weiteren Untersuchung stellte die Untersuchungspolizei fest, daß Bagrowski eine vierklassige Gymnasialbildung besitzt und gemeinsam mit seiner Geliebten Rydzynska zahlreiche Bescheinigungen zum Empfange von Arbeitslosenunterstützungen gefälscht hat, wofür er von den interessierten Arbeitslosen eine einmalige Zahlung von 10 bis 20 Zloty und hierauf von den Unterstützungen 40 Prozent erhielt. Ferner konnte festgestellt werden, daß Bagrowski bereits mehrfach wegen verschiedener Vergehen vorbestraft und letztens eine Strafe wegen kommunistischer Umtriebe verbüßt hat. Das für die ausgeführten Fälschungen erhaltene Geld gab Bagrowski auf leichte Weise wieder aus.

Sämtliche Verhafteten wurden mit dem gesammelten Beweismaterial dem zuständigen Untersuchungsrichter überwiesen, der gegen die Arbeitslosen Polizeiaufsicht und gegen Bagrowski und dessen Geliebte Rydzynska bedingte Haft bis zur Gerichtsverhandlung verfügte. Es muß hierbei hervorgehoben werden, daß der Arbeitslosenfonds durch die Fälschungen Bagrowskis empfindlichen Schaden davongetragen hat. (a)

Das neue Selbstverwaltungsgesetz

Aus der Lodzer Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Lodzer Stadtverordnetenversammlung wurde mit einer einstündigen Verspätung vom Vorsitzenden Ing. Holcgreber eröffnet.

Gleich zu Beginn der Sitzung wurde auf Antrag des Seniorenkonvents der bisherige **Personalbestand der Stadtverordnetenkommissionen** auch für das Kalenderjahr 1932 **bestätigt.**

Hierauf referierte Stv. Andrzejak (PPS.) den Antrag des Budgetausschusses, dem Magistrat ein **Budgetprovisorium für den Monaten April** zu bewilligen. Das Monatsbudget soll ein Zwölftel des bisherigen Jahresbudgets ausmachen. Gegen diesen Antrag trat nur der Stv. Schott auf, der bantragte, das verlangte Monatsbudget um 30 Prozent zu reduzieren. In der Abstimmung wurde durch die Mehrheisparteien der **Antrag des Budgetausschusses angenommen.**

Eine größere Aussprache rief die Angelegenheit der Bevollmächtigung des Magistrats zur **Ausstellung von Wechseln für Mietszins** in den Häusern von Tyller und Sztajnsznajder, da einige Redner der Opposition grundsätzlich (!) gegen die Ausstellung von Wechseln durch den Magistrat waren. Dem Magistrat wurde jedoch die Bevollmächtigung erteilt.

Auch die nächste Angelegenheit, die **kommunalen Zuschläge zur staatlichen Militärsteuer,** referierte Stv. Golanski, der vorschlägt, auf diese Zuschläge zu verzichten, da einerseits es schwer sein wird, diese Zuschläge einzuziehen, anderseits würde die eventuelle Einziehung der Zuschläge dem Magistrat mehr Kosten verursachen, als er davon Einnahmen hätte. Die diesbezügliche Stellungnahme der Kommission wurde von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig gebilligt.

Hierauf wurde der Gebührentarif für die Ausführung von **Vermessungsarbeiten** angenommen. Ebenso wurde beschlossen, von den Volksschullehrern, die in Lehrerwohnungen bei den städtischen Volksschulen wohnen, als Mietszins die ihnen in Form von Wohnungsbeihilfen für Staatsbeamte ausgezahlten Summen einzuverlangen.

Die Regierungsvorlage in Sachen der territorialen Selbstverwaltungen

hat erneut eine große Aussprache hervorrgerufen. Ueber den Antrag der sozialistischen Fraktionen, betreffend die neuen Selbstverwaltungsvorlagen, der in der Kommission noch einmal besprochen wurde, referierte Stv. Rechtsanwalt Kempner (PPS.). Er wies u. a. darauf hin, daß das Dekret vom Jahre 1919, auf Grund dessen die städtischen Selbstverwaltungen ausgeübt wurden, zwar ein Rahmengesetz aber vollkommen auf demokratischen Grundlagen aufgebaut ist. Die Regierungsvorlage sieht aber das Gegenteil von einer demokratischen Selbstverwaltung vor. Die kommunale Selbstverwaltung war bisher frei von Ingerenz der Aufsichtsbehörden, denen nur ein Kontrollrecht zustand. Nach dem neuen Gesetz werden Kommunalpolitiker in zwei Gruppen eingeteilt: solche, die eine Bestätigung im Amte seitens der Aufsichtsbehörde verdienen, und solche, die dies nicht verdienen. Schon allein diese Machtvollkommenheit der Aufsichtsbehörden verlangt, gegen die Regierungsvorlage aufzutreten. Auch die schon bei früherer Gelegenheit von ihm angeführten Vorschriften der Vorlage zwingen dazu. Deshalb bitte er um Annahme der Resolution der sozialistischen Fraktionen.

Stv. Wojewodzki (NPR.) polemisiert mit dem Referenten und meint, daß die Regierungsvorlage nur eine Probe der Regierung sei, die Grundlagen für die territorialen Selbstverwaltungen zu schaffen. Man müsse der Regierung in dieser Angelegenheit Vertrauen entgegenbringen. Er könne der sozialistischen Entschließung nicht beistimmen. Im Namen der NPR. und Chr. Demokratie beantragt er die Annahme seiner Resolution, die die Beibehaltung der bisherigen Vorschriften über Wahlalter und Schulbildung, Beschränkung der Ingerenz der Aufsichtsbehörden sowie die Bestellung der Magistratsmitglieder durch Wahlen verlangt. Die in der Entschließung der Minderheit enthaltene Einstellung zu der Regierungsvorlage ist kennzeichnend dadurch, daß sie einer grundsätzlichen Stellungnahme aus dem Wege geht.

Gegen Wojewodzkis Ausführungen treten die Stadtverdneten Spiro (Poalej-Zion) und Milman (Bund) in scharfer Weise auf und weisen auf arbeiterfeindliche Einstellung der Regierung hin, die sich in der gesamten Gesetzgebung zeigt.

Nachdem noch der Stv. Pogonowski (Hausbesitzer) gesprochen hatte, wurde die Aussprache beendet. Infolge mangelnden Quorums konnte aber die Abstimmung nicht vorgenommen werden, so daß die Sitzung geschlossen wurde.

„Staatsfeindlicher Sport".

Prozeß gegen 21 jugendliche Kommunisten vor dem Bezirksgericht.

Gestern verhandelte das Bezirksgericht gegen 21 jugendliche Kommunisten, die der Organisierung eines „roten Sportklubs" angeklagt waren. Im Mai 1931 beschloß der Verband der kommunistischen Jugend unter der Arbeiterjugend eine sportliche Tätigkeit zu entfalten. Am 10. Mai v. Js. wurde daher in den Nachmittagsstunden eine Gründerversammlung einberufen, in der ein Beschluß über die Gründung eines „roten Sportklubs" gefaßt werden sollte. Aus Vorsichtsgründen wurde die verbotene Versammlung in einem Wäldchen in Zabieniec bei Lodz einberufen. Von dem Vorhaben erfuhr natürlich auch die Geheimpolizei, die das Wäldchen umstellte.

Während der improvisierten Versammlung hielt einer der jungen Burschen eine Rede, in der er ausführte, daß die Fabrikanten und Sozialfaschisten (!) Arbeiterklubs und militärische Vorbereitungen zu dem einen Zweck organisierten, um den einzigen Proletarierstaat Sowjetrußland kriegerisch zu bekämpfen. Zum Schluß seiner Ansprache forderte der „Redner" die Versammelten auf, sich in den zu gründenden „roten Sportklub" einzuschreiben, der zusammen mit den sowjetrussischen Sportklubs eine große sportliche Arbeiterorganisation bilden soll.

Nach Schluß der Versammlung wurden 21 Teilnehmer verhaftet. Die nach der Untersuchungspolizei abgeführten jugendlichen Kommunisten wurden beim Verhör als folgende Personen festgestellt: Eduard Makowski, Esther Kon, Jan Wutkowski, Leib Rafalowicz, Abram Skurnik, Lewek Borenstein, Jan Szekalski, Zygmunt Wutkowski, Stefan Przybylski, Else Schindler, Balcia Polakowa, Leibus Korngold, Ignacy Podgorski, Freida Feigenbaum, Gedalia Glubczynska, Pinkus Katz, Helene Hauk, Siapsia Goldkopf, Wladyslawa Gabrysiak, Stanislawa Jaruga und Maria Bytomska.

Nach Vernehmung der Verhafteten und Durchführung der Voruntersuchung wurden Makowski, Kon, Jan Wutkowski, Skurnik und Bornstein in das Gefängnis eingeliefert und in Haft behalten, während die übrigen Angeklagten auf freien Fuß gesetzt und unter Polizeiaufsicht gestellt wurden. Bei den in den Wohnungen der Angeklagten vorgenommenen Haussuchungen wurde nichts Belastendes vorgefunden. Nur in der Wohnung des Czekalski wurden zwei Quittungsblocks und ein Stempel der PPS-Linken, Sektion der Jugend, vorgefunden.

Die Angeklagten hatten sich gestern der Uebertretung des Art. 102 des Strafgesetzes Teil 1 wegen Teilnahme an der verbotenen Versammlung am 10. Mai 1931 zu verantworten, die zu dem Zwecke der Gründung von Sportklubs einberufen wurde, deren Tätigkeit gegen die bestehende Staatsordnung in Polen gerichtet sein sollte. Die öffentliche Anklage erhob in der Verhandlung Staatsanwalt Chawlowski. Die Angeklagten wurden von den Rechtsanwälten Bilyk, Deczynski, Menasse und Rappoport verteidigt.

Bei der üblichen Schuldfrage bekannten sich sämtliche Angeklagten nicht zur Schuld und wollten an der Versammlung überhaupt nicht teilgenommen, ebenso der kommunistischen Jugendorganisation überhaupt nicht angehört haben. Ihre Verhaftung sei ganz zufällig erfolgt. Bei der Feststellung der Personalien der Angeklagten stellte das Bezirksgericht jedoch fest, daß Eduard Makowski vom Bezirksgericht in Kalisch als tätiges Mitglied der kommunistischen Jugendorganisation zu 1 Jahre und 6 Monaten Gefängnis, die Esther Kon vom Lodzer Bezirksgericht wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Jugendorganisation zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt worden waren. Ferner sind die Angeklagten Jan Wutkowski mit 6 Monaten Festungshaft, Leib Rafalowicz mit 1,5 Jahren Festungshaft und Abram Skornik mit 6 Monaten Festungshaft vorbestraft. Die meisten übrigen Angeklagten waren bei der politischen Polizei wegen kommunistischer Umtriebe notiert.

Zur Verhandlung waren 10 Zeugen, meist Beamte der Polizei, geladen, die durch ihre Aussagen die im Anklageakt gegen die Angeklagten erhobenen Beschuldigungen bestätigten. Nach dem Zeugenverhör wurde die Verhandlung auf heute vertagt.

Die Steuereinnehmer für Banditen gehalten.

Die Besitzerin einer Fischhandlung in der Cegelniana 7, Mariem Kaczmarek, war mit der Bezahlung zahlreicher Steuern im Rückstande, aus welchem Grunde das 9. Steueramt beschloß, den Tageserlös der Kaczmarek in ihrem Geschäft zu pfänden. Am Abend des 26. November v. Js. wurden daher zwei Sequestratoren gegen 18.30 Uhr nach dem genannten Geschäft abdelegiert, die dort in Begleitung eines Polizeiaufsehers erschienen, um die Pfändung vorzunehmen. In der Fischhandlung waren zu der Zeit zahlreiche Kunden anwesend. Als die Sequestratoren zur Beschlagnahme des nicht unbedeutenden Tageserlös schreiten wollten, erlitt die Geschäftsinhaberin Mariem Kaczmarek angeblich vor Schreck einen Ohnmachtsanfall, während deren Tochter Eva in den Ausruf „Banditen! Man stiehlt!" ausbrach und auf die Straße hinauslief und dort ebenfalls Alarm schlug. Die im Laden anwesenden Käufer und von der Straße hinzugekommene Neugierige nahmen angesichts der Hilferufe der beiden Frauen an, daß es sich tatsächlich um einen Raubüberfall handelt und nahmen gegen die beiden Sequestratoren und den Polizeiaufseher eine drohende Haltung ein. Die beiden Söhne der Kaczmarek, Szmul und Rachmil, drängten die Sequestratoren von der gefüllten Kasse mit Gewalt ab und verhinderten sie an der Pfändung des Geldes.

Erst von der Straße herbeigeeilte Polizei klärte den Sachverhalt auf und zerstreute die angesammelte Menschenmenge. Gegen die Familie Kaczmarek wurde daraufhin ein Strafverfahren wegen Verhinderung der Steuereinnehmer bei der Ausübung ihrer Amtspflicht ein Strafverfahren eingeleitet. Gestern hatten sie sich vor dem Stadtgericht zu verantworten. Der Verteidiger der Angeklagten Rechtsanwalt Schermann führte in seiner Verteidigungsrede an, daß seine Auftraggeber durch das plötzliche Eindringen der Sequestratoren, die sie nicht kannten, im ersten Augenblick überzeugt waren, daß sie es mit Banditen zu tun haben, die unter dem Deckmantel eines verkleideten Polizeiaufsehers einen Raubüberfall ausüben wollten. Stadtrichter Pawlowski schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und milderte das Strafmaß für die Angeklagten. Die Mariem Kaczmarek und deren Tochter Eva wurden zu je 100 Zloty Geldstrafe oder 14 Tagen Haft und der Szmul Kaczmarek zu 50 Zloty Geldstrafe oder 7 Tagen Haft verurteilt, der Mitangeklagte Rachmil Kaczmarek wurde mit Rücksicht auf sein jugendliches Alter freigesprochen. (a)

Aus Welt und Leben.

Die Suche nach Lindberghs Kind.

100 000 Beamte und Flugzeuge beteiligen sich bei den Nachforschungen.

Die Suche nach dem entführten Kinde des amerikanischen Fliegers Lindbergh wird fieberhaft fortgesetzt. Rund 100 000 Beamte sind an den Nachforschungen beteiligt. In allen 48 Staaten, selbst im Golf von Mexiko und in Kanada, wird unter Zuhilfenahme von Flugzeugen und Schiffen nach dem geraubten Kinde gesucht. Das Ereignis wird in allen Zeitungen der Vereinigten Staaten in ungeheurer Aufmachung wiedergegeben. Die „New York Times" und die „New York Herald Tribune" widmen den Vorgängen nicht weniger als 4 volle Seiten. Die Pfarrer aller Konfessionen erflehten in Gebeten, die durch Rundfunk wiedergegeben wurden, die Auffindung des Kindes. Von den Entführern fehlt bisher noch immer jede Spur. Lindbergh glaubt jedoch, daß er sein Kind in allernächster Zeit wohlbehalten wiedersehen wird.

Lindbergh verhandelt mit den Entführern.

Neuyork, 3. März. Oberst Lindbergh hat bekanntgegeben, daß die Verhandlungen mit den Entführern seines Kindes aufgenommen worden sind. Die Rückgabe des Kindes wird in wenigen Stunden erwartet.

Leichen von abgestürzten Flugzeuginsassen gefunden.

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, sind in der Nähe des Leuchtturms von Serita die Leichen von 3 Insassen des französischen Postflugzeugs gefunden worden, das auf dem Flug nach Buenos Aires abgestürzt war.

Einer der Piloten des französischen Flugzeugs, das an der brasilianischen Küste ins Meer stürzte, ist, wie die Agentur Radio meldet, der ehemalige deutsche Flieger Hamm, ein Elsässer, der während des Krieges auf deutscher Seite kämpfte.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

[54

„Heimliche Zusammenkünfte im Park. Küsse, Zärtlichkeiten. Der Gatte war verreist — also: Schäferstündchen in der Villa, gestern! Gott, wenn ich an die Dienstboten denke! Und dann diese Umquartierung Leys. Man nimmt nicht gleich das Schlimmste an, und doch, wie peinlich!"

„Umquartierung Leys?" fragte Doktor van Delden verständnislos.

„Ja — wissen Sie denn nicht? Er schlief doch zuletzt im Kinderhause!"

„Aber, was hat da[illegible] mit Doktor Degeener zu tun? Sie hat keinerlei Einfluß [illegible]f die Ein- oder Umquartierung der Privaten!"

Antony zuckte mit den Achseln.

„Ich weiß ja nicht — man [illegible]dete aber darüber!"

„Ich habe das selbst [illegible]t. Ich hatte ja keine Ahnung!" seufzte Doktor van Delden.

„Natürlich — das war ja auch so harmlos, nur, wo man das verliebte Getue sah, dachte man unwillkürlich sein Teil. Gelegenheit macht Diebe!"

In Doktor van Delden kochte es.

„Jedenfalls werde ich unerbittlich nachforschen, wer dieses Gerede aufgebracht und weitergetragen hat. Es ist ja skandalös!"

„Viele haben diese Beobachtungen gemacht, und wenn man schon sieht, daß zwei sich küssen ..."

„Wer hat das gesehen?" brüllte Doktor van Delden die maliziöse Dame an.

„Und sich in den Armen liegen!"

„Nennen Sie mir die Personen!"

„Ich? Was geht mich der Klatsch an. Ich reise heute noch ab!"

Man verabschiedete sich sehr kühl.

Unangenehme Person, dachte van Delden zornig — man hat das Gefühl, sie will irgend etwas erreichen. Aber was? Was geht sie das alles an?

Er war in seiner Sprechstunde sehr zerstreut.

Doktor Alander lief ihm über den Weg.

„Haben Sie mit Herrn Ley geredet?"

„Er ist heute morgen ausgegangen und noch nicht zurück!"

„Das ist gegen die Hausordnung!"

Doktor Alander zuckte mit den Achseln.

„Eine Freiheit zieht die andere nach sich!"

„Wenn er kommt, will ich ihn sofort sprechen!"

Ley, der den ganzen Morgen gesegelt hatte, ließ sich eine Stunde später bei dem Chefarzt melden.

Braun, seewinddurchhaucht, mit der tiefen Freude an dem schönen Sport, der ernsten, gehaltenen Hoffnung in den leuchtenden Augen, war er so anziehend, daß Doktor van Delden unwillkürlich dachte: es ist zu verstehen, wenn auch niemals zu verzeihen.

Doktor van Delden hatte auch einen Blick dafür, daß diesem Manne Unehrenhaftes nicht zuzutrauen war. Sie hat ihn eben verführt, dachte er in der ganzen Ungerechtigkeit seiner Enttäuschung und seines Zornes.

„Herr Ley!" sagte er kurz und ohne ihm einen Stuhl anzubieten. „Ich bitte Sie, meine Anstalt sobald wie möglich zu verlassen. Sie sind Patient, noch nicht genesen. Aber es gibt Dinge, vor denen alle Rücksichten aufhören. Ein solches ist der Ruf meiner Anstalt. Sie haben ihn schwer geschädigt — ebenso wie den Ruf der Dame, zu der sie in ein Verhältnis getreten sind!"

Ley erbleichte bis in die Lippen.

Aber er schwieg.

In seinem Hirn wirbelten die Gedanken wild durcheinander.

„Aber", fuhr Doktor van Delden fort, „ich möchte Sie bitten, Mann zu Mann, mir zu sagen, was an den umlaufenden Gerüchten Wahrheit, oder was Gerücht ist. Sie lieben Frau Doktor Degeener!"

„Infam!" klang es gequält über Leys Lippen.

„Und Frau Doktor Degeener liebt Sie. Man hat gesehen, daß Sie einander geküßt haben!"

„Wer hat das gesehen?" brauste Ley auf.

„Ihre Frage beweist, daß die Tatsache sich bewahrheitet!"

„Wem geht das was an?"

„Dem Arzt, der für seine Anstalt steht — dem Manne, der den Ruf einer Frau schützen möchte, soweit das noch geht!"

„Wer hat das hinterbracht?"

„Die Namen muß ich allerdings verschweigen!"

„Ich kann sie Ihnen auch so nennen: Doktor Alander, der Exzellenz Degeener haßt, weil sie ihm Konkurrenz bedeutet, und Frau Lasar, die sie haßt aus Neid!"

„Aus Eifersucht?" fragte Doktor van Delden maliziös.

„Vielleicht auch das!" erwiderte Ley trotzig. „Wer weiß?"

„Sie gestatten einige Fragen und beantworten sie mir genau!" fuhr Doktor van Delden nach einer Weile milder fort. „Man erzählt, Sie hätten Frau Doktor Degeener innerhalb des Sanatoriums geküßt. Stimmt das?"

„Ich glaube, daß innerhalb des Sanatoriums auch sonst noch geküßt wird. Forschen Sie dem immer so genau nach?"

„Um das Dienstpersonal kümmere ich mich nicht!" entgegnete Doktor van Delden kalt. „Man hat Sie gesehen. Es gilt den Ruf der Dame ...!"

„Bringen Sie mir die Person, die das gesehen hat, und ich werde Ihnen antworten!" Leys Stimme klang eiskalt und entschlossen.

„Ich werde es versuchen! Frau Lasar —"

„Also wirklich diese gewöhnliche Person!"

„So viel ich weiß, ist ‚diese gewöhnliche Person' Ihre Wohltäterin!"

Werner lachte hart auf. Unaussprechliche Bitterkeit erfüllte sein Herz.

„Und wo ist Exzellenz Degeener? Ich muß sie sprechen, und wenn es in Ihrer Gegenwart sein sollte!" preßte er mühsam hervor.

(Fortsetzung folgt.)

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater Heute 8.30 Uhr Auftreten eines rumänischen Chores
Kammer-Theater Heute 9 Uhr „Die Sorgen des Bourrachon"
Populäres Theater, Ogrodowa 18: Heute 8.15 Uhr „Kreidekreis"
Capitol: Grossstadtstrassen
Corso: Die letzten 3 Tage „Der König der Bettler" zu ermässigten Eintrittspreisen
Casino: 24 Stunden
Grand-Kino: Das Geheimnis der Sekretärin
Luna: Zwei Herzen im 3/4-Takt
Odeon: Ihre Sünde
Oświatowe: Das Geheimnis des Lebens — Die grüne Brigade
Przedwiośnie: Ihre Exzellenz die Liebe
Rakieta Die Geschiedene
Splendid: Das Spiel mit der Liebe
Uciecha: König aller Könige